



LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abgeordnete
Astrid Schmitt

Vizepräsidentin des Landtags

Astrid Schmitt, MdL Hauptstraße 54 54570 Kirchweiler

Herrn Stadtbürgermeister
Uwe Schneider
Rathaus
Kyllweg 1
54568 Gerolstein

Bürgerbüro
54570 Kirchweiler
Hauptstraße 54
Telefon (06595) 900453
Telefax (06595) 900454
as@astrid-schmitt.de

55116 Mainz
Kaiser-Friedrich-Straße 3
Telefon (06131) 208 3043
Telefax (06131) 208 4043

09. Juli 2020

Resolution Stadt Gerolstein „Einschränkung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes im St. Elisabeth Krankenhaus durch die Kassenärztliche Vereinigung“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider,
lieber Uwe,

vielen Dank für die Übersendung der Resolution des Stadtrates Gerolstein vom 26. Mai 2020 zum Thema „Einschränkung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes im St. Elisabeth Krankenhaus“ durch die Kassenärztliche Vereinigung“.

Wie Sie wissen, setze ich mich schon immer intensiv für eine qualitativ gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung unserer Region ein. Um dies auch zukünftig sicher zu stellen, ist es notwendig, dass alle Verantwortlichen der Region gemeinsam „an einem Strang“ ziehen. Daher bedanke ich mich, dass auch der Stadtrat Gerolstein dies erkannt und mit seiner Resolution öffentlich kund getan hat.

Gerne möchte ich zu den Punkten der Resolution einige Anmerkungen machen, die die Einschätzung der Lage und die Zuordnung der Verantwortlichkeiten besser ermöglichen.

Mir sind zurzeit keine Schließungsabsichten und diesbezügliche Äußerungen des Trägers für das „St. Elisabeth Krankenhaus“, ein Krankenhaus der Grundversorgung, bekannt. Im Gegenteil wurde die Fortführung des Krankenhauses im Zuge der Erstellung, Verabschiedung und Umsetzung des Krankenhausplans bestätigt. Das Krankenhaus nimmt auch weiterhin an der Notfallversorgung teil. Mit der Ausweitung der Zahl der intensivmedizinischen Betten von 4 auf 6 im Zuge des neuen Krankenhausplans wurde das Krankenhaus diesbezüglich gestärkt. Das Land hat das „St. Elisabeth Krankenhaus“ seit dem Jahr 2000 mit mehr als 8 Mio. € gefördert. Geht man zurück bis zum Jahr 1990, so betrug die Förderung seitdem rund 14 Mio. €. Zusätzlich hat der Krankenhausträger für den Standort jährlich pauschale Fördermittel erhalten. Sie sehen also, dass das Land seine Aufgaben erfüllt.

Zum anderen steht auch nicht allein das Land in der Verantwortung. Denn die Krankenhausversorgung ist gemäß Landeskrankenhausgesetz eine öffentliche Aufgabe. Der nicht unwesentliche andere Teil dieser öffentlichen Aufgabe ist aber Angelegenheit der Kommunen: Die Landkreise und die kreisfreien Städte erfüllen ihre Aufgabe als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung, indem sie Krankenhäuser errichten und unterhalten, soweit Krankenhäuser nicht von freigemeinnützigen, privaten oder anderen geeigneten Trägern errichtet und unterhalten werden. Mit anderen Worten: Zieht sich ein freigemeinnütziger Träger aus der Trägerschaft zurück, sind grundsätzlich Kreise und Kreisfreie Städte gefragt – in diesem Fall der Landkreis Vulkaneifel, in dessen Gebiet sich der Krankenhausstandort Gerolstein befindet.

Die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung ist Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz (KV). Dies umfasst auch die vertragsärztliche Versorgung während der sprechstundenfreien Zeiten der niedergelassenen Ärzteschaft, den so genannten „Bereitschaftsdienst“. Bei der Ausgestaltung des Bereitschaftsdienstes hat der Bundesgesetzgeber der KV einen weiten Gestaltungsspielraum eingeräumt. Die KV Rheinland-Pfalz handelt als Selbstverwaltungskörperschaft der Vertragsärztinnen und Vertragsärzte eigenverantwortlich. Die bundesgesetzlichen Regelungen beschränken die Aufsicht der Landesregierung über die Kassenärztliche Vereinigung auf eine reine Rechtsaufsicht. Die Landesregierung kann der Kassenärztlichen Vereinigung daher keine fachlichen Vorgaben machen oder Einfluss auf die Konzepte und Standortentscheidungen nehmen.

Wie Ihnen bekannt, habe ich mich in dieser Angelegenheit klar geäußert, dass diese einseitige, unabgestimmte und drastische Reduzierung der Öffnungszeiten der ärztlichen Bereitschaftsdienstzentrale im Krankenhaus Gerolstein zum 01. Juli dieses Jahres durch die KV nicht hingenommen werden kann und bin in der Sache aktiv geworden. Wie Sie in der Presse verfolgen konnten, ist ein erster Gesprächstermin bei der KV gescheitert, weil die KV die von uns vorgeschlagenen Gesprächsteilnehmer in Teilen nicht akzeptieren wollte. Zwischenzeitlich hat ein Gespräch in Mainz stattgefunden, an dem ich krankheitsbedingt leider nicht teilnehmen konnte. Bei diesem Problem müssen alle Beteiligten zusammenarbeiten und gemeinsam nach bestmöglichen Lösungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger suchen.

Der Versorgungsgrad im hausärztlichen Mittelbereich Gerolstein liegt (Stand: 30.08.19) bei 110,39 Prozent. Gleichwohl kann das Förderprogramm hausärztliche Versorgung des Landes auch in der Verbandsgemeinde Gerolstein in Anspruch genommen werden. Gefördert werden über dieses Förderprogramm die Niederlassung, die Übernahme einer Praxis, die Errichtung von Zweigpraxen und die Anstellung von Hausärztinnen und Hausärzten in Höhe von bis zu 20.000 Euro (und zwar auch im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren).

Zudem können im Landkreis Vulkaneifel Augenärzte (Versorgungsgrad am 30.8.19: 59,62 %, noch zwei Niederlassungsmöglichkeiten) und Hautärzte (Versorgungsgrad am 30.8.19: 63,24 %, noch eine Niederlassungsmöglichkeit) aktuell das Förderprogramm Strukturfonds der KV in Anspruch nehmen (Förderung bis 39.000 Euro).

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, ich hoffe, dass ich mit diesem kurzen Überblick klar machen konnte, dass die alleinige Adressierung der Resolution an die Landesregierung nicht zielführend ist. Die Probleme der gesundheitlichen Versorgung können nur gemeinsam gelöst werden. Um die gesundheitliche Versorgung der Menschen in unserer ländlichen Region auch zukünftig zu sichern, müssen alle Beteiligten zusammenarbeiten. Ich freue mich, dass der Stadtrat Gerolstein dies tut.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Astrid Schmitt'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Astrid Schmitt, MdL